

Im Jahr 1990 gegründeter  
Mitglieder sich zu einer glaub-



unabhängiger Verein, dessen  
würdigen Landesverteidigung

und effizienten Luftwaffe bekennen

Postfach 1085, 8600 Dübendorf 1, Postkonto: 80-47799-0 / Internet: <http://www.forum-flugplatz.ch> / E-Mail: [vorstand@forum-flugplatz.ch](mailto:vorstand@forum-flugplatz.ch)

## 25. AUGUST | EIN SCHWARZER TAG NICHT NUR FÜR DIE 2010 | LUFTWAFFE, SONDERN FÜR DIE SCHWEIZ!

Der 25. August 2010, der Tag an dem Bundesrat Ueli Maurer bekannt gab, dass der Bundesrat beschlos- sen habe den dringend anstehenden Kauf von neuen Kampfflugzeugen zu verschieben, dürfte als schwar- zer Tag für die Schweiz in die Geschichte eingehen. Es bleibt die Hoffnung, dass wir und unsere Nachkom- men die Auswirkungen dieses schwerwiegenden Fehlentscheides unserer Landesregierung nicht eines Tages mit aller Gewalt zu spüren bekommen. Ein weitreichender Entscheid, der unmittelbar die Sicherheit und den Wohlstand unseres Landes betrifft. Ein spektakulärer Negativentscheid, der zu unserer Verwunde- rung nur punktuell und wenig Wellen aufgeworfen hat. Im Gegenteil, nebst der triumphierenden GSoA fin- den sich viele, die diesen Entscheid absolut nachvollziehen können. Darunter auch die Führung der Armee, die doch eigentlich darauf hätte pochen müssen, dass die Luftwaffe ohne den zeitgerechten Tiger Teilersatz ihre Aufgabe über eine längere Periode nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen kann und damit die Sicher- heit unseres Landes nicht mehr gewährleistet ist!

Dass es um unsere Armee nicht zum Besten steht ist spätestens seit der schonungslosen Offenlegung der Mängelliste durch VBS Vorsteher BR Ueli Maurer bekannt. Offensichtlich übertrifft aber die Realität die schlimmsten Vorstellungen. Anders lassen sich der Verzicht auf den teilweisen Ersatz der ausgedienten und überalterten Tiger F-5 Flugzeuge und die gewundenen Erklärungen des Chefs der Armee nicht erklä- ren. Auch dass der verdiente und von uns sehr geschätzte Kommandant der Luftwaffe, welcher sich in der Vergangenheit aus Überzeugung mit Leib und Seele für den Kauf des neuen Fliegers einsetzte, nun klein beigibt und den Entscheid seines zivilen Vorgesetzten ohne Murren hinnimmt, scheint uns ein Indiz für den- maroden Zustand unserer Armee zu sein. Wie sonst liesse sich erklären, dass er sich vom Jammergesang seines Vorgesetzten beeindruckt lässt und dessen Prioritäten zu Gunsten anderer Verbände akzeptiert?

### Seite 3



Dies obwohl ein intakter und nachhaltiger Luftschirm wohl die höchste aller Prioritä- ten habe dürfte und obwohl im Ernstfall, welcher hoffentlich nie eintreten möge, kein Panzerkommandant seine Mannschaften ohne einen solchen Luftschirm ausrücken liesse!

### Seite 4



Dass die Finanzen knapp sind und sparen angesagt ist, ist nichts Neues und dass der Staatssäckel nicht für Alles und Jedes erhalten kann dürfte inzwischen jedem klar und auch allgemein akzeptiert sein. Nur, kann – darf man bei einem übergeord- neten Gut, wie dies unser aller Sicherheit nun mal ist, sparen? Gäbe es in unserem Bundeshaushalt nicht Ressourcen, wo Streichungen zwar für die Betroffenen eben- falls schmerzhaft wären, wo diese aber keinesfalls solche Konsequenzen nach sich ziehen würden, wie dies im Falle grobfährlässiger Vernachlässigung unserer Sicher- heit ist? Wir wissen, dies ist ein heisses Eisen! Aber gerade jetzt, da der Sicherheits- und der Armeebericht zur Diskussion stehen, ist es wichtig, dass diese Diskussion geführt wird! Vielleicht müsste man auch darüber nachdenken die heutige Bundes- steuer wieder als zweckgebundene Steuer für militärische Investitionsgüter und Wehrausgaben zu verwenden!

### Seite 8



Am Anfang dieses Editorials beklagen wir uns über die laue Reaktion auf den Negati- ventscheid des Bundesrates. Wir begrüssen deshalb die nachfolgenden Beiträge um- somehr, welche eine klare Sprache sprechen und welche wir Ihnen gerne zur Lektüre empfehlen!

### Seite 10



### Seite 11



Vorstand Forum Flugplatz Dübendorf

Schenkt man den Medien glauben, verhalfen Finanzminister Hans-Rudolf Merz und die beiden SP-Bundesräte Bundesrat Ueli Maurer, die Jet-Beschaffung zu beerdigen. Mir geht es wie vielen anderen auch, es fehlen einem schlicht die Worte. Die Schalmeien um die fehlenden Mittel haben jetzt nicht viel mehr als einen veritablen Trümmerhaufen eingebracht und bestätigt, was weitherum als riskantes Pokerspiel bezeichnet wurde. Es bleibt, ausser völlig unverbindlichen Absichtserklärungen, nur die Gewissheit, dass wir in



ein paar Jahren – politisch und evaluationsmässig - wieder am selben Ort stehen wie heute. Allerdings mit dem Unterschied, dass dannzumal keiner der heute für den Nullentscheid Verantwortlichen noch im Amt sein wird. Aber das ist nichts Neues, auch die Initianten des von BR Maurer vor anderthalb Jahren angetroffenen Schlamassels sind nicht mehr in Amt. Sie wurden auch nicht zu Rechenschaft gezogen. Nach dem aktuellen Entscheid bleibt jetzt auch noch der schale Beigeschmack, der Tiger-Teilersatz könnte allein zum Zweck der Finanzmittelbeschaffung missbraucht worden sein....

### **Sparen, koste es was es wolle....auch zu Lasten unserer Sicherheit**

Ein reiches Land, das für seine Sicherheit nicht genug aufbringen will, ist ein armes Land. Das alljährliche Feilschen um die Armeeausgaben kann offenbar nur noch durch eine Festsetzung in der Bundesverfassung beendet werden. Allen EU-Turbos sei in Erinnerung gerufen, dass die NATO/EU-Länder sich an einer Vorgabe von 2% des Bruttoinlandproduktes (BIP) orientieren müssen. Das Forum Flugplatz begrüsst eine Initiative, die einen angemessenen Prozentsatz (1.5%) des BIP für unsere Landesverteidigung in der Bundesverfassung festschreiben will.

### **Konsequenzen des TTE-Entscheidunges für den Flugplatz Dübendorf**

Es ist anzunehmen, dass die sog. Verschiebung des TTE-Entscheidunges für den Flugplatz Dübendorf Konsequenzen haben wird. Dieser ist bekanntlich Bestandteil des Stationierungskonzeptes, das im Moment überarbeitet wird und vom Bundesrat mit dem Tiger-Teilersatzes verknüpft wurde. Es erscheint deshalb nur logisch, dass der definitive Entscheid zum Stationierungskonzept, das laut Chef VBS im Jahr 2012 abgesegnet werden sollte, erst in Kenntnis aller Fakten zur Zukunft der Flugzeug- und Helikopterflotte gefällt werden kann. Alles andere würde den noch verbliebenen Rest an magistraler Glaubwürdigkeit vollends zu Nichte machen, es sei denn, die Verantwortlichen kämen endlich zur Einsicht, dass die letzte Basis östlich der Reuss keinesfalls liquidiert werden darf und unabhängig der Diskussion um den Tiger-Teilersatz im Etat des Bundes zu verbleiben hat. Die Verantwortung des TTE-Entscheidunges trägt letztendlich allein der Bundesrat; er kann den Entscheid zum Stationierungskonzept nicht via Armeebericht dem Parlament zuschieben wie neuerdings suggeriert wird.

Was jetzt Not tut sind dringend nötige Instandhaltungsarbeiten für die Infrastruktur, Gebäulichkeiten und das Instrumentenanflugsystem um die Offenhaltung aller Optionen glaubwürdig zu untermauern. Ebenso muss der Personalabbau umgehend gestoppt werden damit der Flugplatz nicht auch noch mangels personeller Ressourcen buchstäblich - still und leise - stranguliert wird. Peter Bosshard, Präsident



Medienmitteilung vom 26. August 2010

---

VSWW zum Bundesratsentscheid in Sachen Kampfflugzeugen

## **Der Bundesrat im Sinkflug - Sicherheitspolitik der Schweiz führungs- und konzeptlos**

**Der Entscheid, den Tiger-Teil-Ersatz erneut aufzuschieben, ist symptomatisch für die sicherheitspolitische Orientierungslosigkeit des Bundesrates. Wer nicht weiter weiss, schiebt Entscheide vor sich her. Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW) stellt fest, dass der Bundesrat daran ist, seine Glaubwürdigkeit in Sachen Sicherheit der Schweiz zu verspielen.**

Wir erleben zurzeit eine fatale Führungskrise unserer Sicherheitspolitik. Die ganze Strategiefindung und Planungskaskade von Sicherheitspolitik und Armee sind ungenügend aufgesetzt. Während die Armee verlottert, weiss der Bundesrat offensichtlich nicht weiter. Man schiebt Entscheide auf, legt widersprüchlicher Papiere vor und zeichnet schon wieder Bataillone und Brigaden, bevor ein vom Parlament abgeseegneter Armeeauftrag vorliegt. Sicherheitsexperten orten zu Recht einen eklatanten Mangel an Orientierung und an Führungsfähigkeit, der sich am Kampfflugzeuggeschäft am deutlichsten offenbart. Die lange Zeit mustergültige schweizerische Sicherheitspolitik befindet sich im Sinkflug. Das Vertrauen in die Führung und die Führungskompetenzen dürfte nicht nur in der Wahrnehmung des In-, sondern auch des Auslandes an einem historischen Tiefpunkt angelangt sein. Während die Wehrpflichtigen der Armee davonlaufen, zankt man sich in Parteien bis hinauf in den Bundesrat um die Ausrichtung der Armee. Während die Teilstreitkraft Heer schon verlottert ist, droht das nun auch der Luftwaffe.

### **Steilvorlage für Armeeabschaffer**

Der VSWW kritisiert insbesondere den Bundesratsentscheid, der Armee die notwendigen Mittel zu verweigern. Ohne Einstieg in die neue Kampfflugzeuggeneration kann zuerst die Luftwaffe, dann die ganze Armee ihren verfassungsmässigen Auftrag nicht mehr erfüllen. Entweder gibt der Bundesrat der Armee die Mittel, die sie braucht, oder man streicht ehrlicherweise die Aufträge zusammen. Konkret würde dies mittelfristig die Aufgabe der Luftverteidigung und des Luftpolizeidienstes bedeuten. Seit dem Ersten Weltkrieg kann keine moderne Armee mehr auf ihren Luftschirm verzichten. Der Bundesrat liefert den Armeeabschaffern eine Steilvorlage.

Der VSWW bedauert sodann den Abgang des Rüstungschefs Divisionär Jakob Baumann. Mit dem erzwungenen Rücktritt von Baumann verliert die Armee einen ihrer profiliertesten Denker.

---

### **Kontakt:**

Dr. Günter Heuberger, Präsident des VSWW, Telefon 052 244 88 00

Daniel Heller, Geschäftsführer VSWW Telefon: 079 434 23 85

E-Mail: [info@vsww.ch](mailto:info@vsww.ch)



## Medienmitteilung

Bern, 27. August 2010

### **Die Gruppe Giardino prangert in ihrem heute publizierten Manifest die bürgerliche Sicherheitspolitik an und fordert eine radikale Kurskorrektur!**

Der überparteilichen, 2010 gegründeten Gruppe Giardino, gehören zahlreiche Persönlichkeiten (darunter 5 ehemalige Korpskommandanten und 3 ehemalige Generalstabschefs) aus allen Landesteilen an. Die Gruppe Giardino zeigt sich über die Armee- und Sicherheitspolitik des Bundesrates bestürzt, sieht die Bundesverfassung seit Jahren aufs Schwerste verletzt und fordert eine radikale Kurskorrektur der bürgerlichen Sicherheitspolitik.

Für Hermann Suter, Präsident ai der Gruppe Giardino droht der endgültige Zusammenbruch einer glaubwürdigen schweizerischen Milizarmee: **„Die Armee 2010 ist nicht am Abgrund, sondern bereits ein Trümmerfeld nach einem Absturz! Bundesrat und Bundesversammlung haben die Milizarmee schwer geschädigt und damit den Artikel 58 des Bundesverfassung grobfahrlässig verletzt.“**

Franz Betschon, Vizepräsident ai der Gruppe Giardino, fordert die vollständige Beantwortung zahlreicher kritischer Fragen: **„Wir fordern von den bürgerlichen Parteien den unbedingten Willen, sich im Gesamtinteresse des Landes in sicherheitspolitischen Kernfragen zeitverzugslos zu einem Konsens zusammenzuraufen.“**

Nationalrätin Sylvia Flückiger, aktives Mitglied der Gruppe Giardino sagt es deutlich: **„Die Armee ist heute in einem schlechten Zustand. Das sind die Früchte der schlechten Führung der vergangenen Jahre. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass wir in Sachen Milizarmee Russisch Roulette spielen dürften. Es ist zu befürchte, dass uns in dieser Hinsicht keine zweite Chance gewährt wird.“**

Das Manifest der Gruppe Giardino ist dieser Medienmitteilung angefügt und auf der Website: [www.gruppe-giardino.ch](http://www.gruppe-giardino.ch) publiziert.

**Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:**

Christian Schmid, Mediensprecher Gruppe Giardino  
079 – 437 75 22 / E-Mail: [ch.schmid@bluewin.ch](mailto:ch.schmid@bluewin.ch)

Hermann Suter, Präsident ai Gruppe Giardino  
079 – 415 50 05 / E-Mail: [hermann.suter@bluewin.ch](mailto:hermann.suter@bluewin.ch)

## Manifest der Gruppe GIARDINO

### 1. Ausgangslage

Die überparteiliche „Gruppe Giardino“ besteht aus Schweizerbürgerinnen und –Bürgern, mehrheitlich aus aktiven und ehemaligen Angehörigen der Armee, jeden Alters, aller Grade und aus allen Landesteilen. Wir haben uns spontan zusammengefunden, weil

- wir bestürzt sind über die täglichen neuen Hiobsbotschaften und sich häufenden Pannen aus dem Bereich der Sicherheitspolitik.
- die oberste Richtschnur für die Ausgestaltung der Armee – die Bundesverfassung – von der Politik mit einer Nonchalance ohnegleichen missachtet wird.
- die Politik nicht in der Lage oder nicht willens ist, für die Armee die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen um den Verfassungsauftrag zu erfüllen.
- in einer Zeit, in welcher sich die internationale Gemeinschaft, hauptsächlich die Wirtschaft, in der grössten Krise der Nachkriegszeit befindet, die weltweite Rüstung neue Rekordhöhen erreicht und das Völkerrecht grob missachtet wird, keine Instanz sichtbar wird, die wenigstens für die Schweiz diesem Malaise ein Ende setzen will.
- wir feststellen, dass grosse materielle und immaterielle Werte vernichtet worden sind, ohne dass ein Konzept sichtbar wäre und wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten verloren gegangen sind, ohne dass man sich um Ersatz bemüht.

### 2. Wir fragen

1. Warum lässt man den Bürger im Glauben, dass die Bundesverfassung (BV) noch Richtschnur sei? Wieso tut man so, als ob wir noch eine allgemeine Wehrpflicht und eine Milizarmee hätten? Wieso lassen es Bundesrat und Parlament zu, dass der gesetzeswidrige Zugang zum Zivildienst für Wehrpflichtige ohne Gewissensprüfung frei gewählt werden kann? Wieso blendet die Politik diese Schwachstellen permanent aus?
2. Wieso lässt man den Bürger im Glauben, seine Armee umfasse 9 Brigaden? Wieso bildet man jedes Jahr rund 20'000 Rekruten aus und lässt diese im Glauben, man würde sie auf einen Aktivdienst vorbereiten, wenn nur 2 von 9 Brigaden heute ausgerüstet und aufgebildet werden können?
3. Ist der „Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz“ vom 23. Juni 2010 das letzte Wort unserer Landesregierung? Welche Schlussfolgerungen haben die übrigen Departemente über das VBS hinaus daraus gezogen? Die Armee ist das wichtigste sicherheitspolitische Mittel der Landesregierung. Wie kann es sein, dass ausgerechnet dieses Instrument im Sicherheitspolitischen Bericht einfach ausgeklammert und separat behandelt wird? Trifft es zu, dass sich Mitarbeiter des EDA geweigert haben, mit jenen des VBS in Sachen Sicherheitspolitik (und insbesondere in Armeefragen: u.a. Stichworte wie „Helfen, schützen, kämpfen“) direkt zusammenzuarbeiten?
4. Verfügt die Landesregierung über eine finanzielle Langfristplanung, die den Departementen Planungssicherheit ermöglicht und an die sich auch das Parlament halten muss? Sind sich Bundesrat und

Parlament der Tatsache bewusst, dass es ohne genügend finanzielle Mittel keine glaubwürdige Armee geben kann?

5. Verfügen wir in der Armee noch über eine Führung, die genügend geschult ist und das notwendige Fachwissen aufweist, um die Armee pannenfrei zu führen? Wird nicht nur die Truppe, sondern auch dieses Kader zusammen mit der zugehörigen zivilen Führung systematisch beübt?

6. Wie viel Ausrüstung, Infrastruktur, Liegenschaften und Material, das noch im Jahr 2000 vorhanden war, ist „ausser Dienst gestellt“, was ist verschwunden, vernichtet, was ist verkauft worden? Was wurde dafür gelöst und wohin ist dieses Geld geflossen? Wer hat entsprechende Entscheide gefällt?

7. Wie viele Rekruten eines Jahrganges 20-jähriger Schweizerbürger werden tatsächlich der Wehrpflicht unterstellt?

8. Wie wird die Geheimhaltung gehandhabt? Wie wird sichergestellt, dass sensitive Informationen und Datenträger auch im Ausland (z.B. bei ausländischen Beratern) unter unserer Kontrolle bleiben?

9. Wie ist die Einsatzbereitschaft der bestehenden Verbände zu beurteilen? Kennen alle diese Verbände ihren Primärauftrag und innert welcher Zeit ab Auslösung eines entsprechenden, unangekündigten Befehls können sie ihren Primärauftrag erfüllen? Welches sind die Konzepte für den Einsatz inklusive die Kampfführung für den Primärauftrag gemäss BV?

10. Gibt es einen standardisierten „Rüstungsablauf“ der Beschaffungsspannen verhindern hilft? Wie funktioniert die Zeit-, Kosten- und Qualitätskontrolle bei der Rüstungsbeschaffung der AXXI?

### 3. Wir fordern

**Im Sinne der Rückkehr zu einem Klima der politischen Redlichkeit fordert die „Gruppe Giardino“ die vollständige Beantwortung der obgenannten 10 Fragen zuhanden der schweizerischen Öffentlichkeit.**

Insbesondere fordern wir:

- Eine bestandesstarke, vollständig ausgerüstete Armee, die bei Bedarf rasch mobilisiert werden kann und entsprechend logistisch abgestützt ist.
- Eine Armee, die den Verteidigungsauftrag der BV effizient und nachhaltig erfüllen kann.
- Eine Armee, die bei einer ausserordentlichen Veränderung der Rahmenbedingungen (z.B. Versagen von Schengen, Auseinanderbrechen der Währungsunion, Bedrohung durch Migrationsströme, Unmöglichkeit der Handhabung der Verschuldungssituation, Netzkrieg etc.) der Sicherheitslage in Europa (und in der übrigen Welt) militärische Übergriffe auf die Schweiz, allenfalls auch zusammen mit der Polizei und dem Grenzwachtkorps, verhindern kann.
- Militärisches Berufspersonal, das sich als Rückgrat der Milizarmee versteht.
- Dass höhere Stabsoffiziere, die Sinn und Chancen des schweizerischen Milizprinzips und die Möglichkeit einer auf eigenen Mitteln basierenden Landesverteidigung nicht zu erkennen vermögen und damit Artikel 58 BV missachten, die Armee und den Bundesdienst verlassen.
- Eine schlanke Verwaltung, die effizient und proportional zu den Beständen der Armee arbeitet.

- Die Vernichtung oder der Verkauf jeglicher militärischer Ausrüstung oder militärischer Infrastruktur sofort und bis auf weiteres gestoppt wird.
- Politische Führungsorgane, die in grundsätzlichen Fragen einer schweizerischen Aussen-, Wirtschafts- und Armeepolitik geeint sind, dass heisst in einer Sicherheitspolitik, die umfassend ist und nicht nur der Armee den Schwarzen Peter zuspielt. Sowie eine Sicherheitspolitik, die den Namen einer glaubwürdigen Gesamtverteidigungsstrategie auch tatsächlich verdient. Wir fordern von den politischen Parteien den unbedingten Willen, sich im Gesamtinteresse des Landes in sicherheitspolitischen Kernfragen zeitverzugslose zu einem Konsens zusammenzuraufen.
- Dezentrale politische und militärische Führungsorgane, denen eigene Mittel und Kompetenzen bekannt sind und die in wiederkehrenden Gesamtverteidigungs-Übungen (GVU) geschult sind, ausserordentliche, überraschend auftretende Sicherheitsrisiken zu meistern.
- Ein unabhängiges schweizerisches Expertengremium, wie es früher in Form von Miliz-Beraterkommissionen bestand, macht für das Unternehmen Armee eine Due-Diligence-Prüfung (Werthaltigkeitsprüfung), umfassend alle Aspekte der Aufbau- und Ablauforganisation, der Einsatztauglichkeit und der Verfassungsmässigkeit. Dieses schweizerische Beratergremium stand früher jederzeit und praktisch kostenlos zur Verfügung und war aus fachlich hochkarätigen Experten der verschiedenen Waffengattungen (Panzer, Informatik, Artillerie etc.), der Wirtschaft und der Wissenschaft zusammengesetzt, wie es sich eine gewinnorientierte Beratergesellschaft nie leisten kann.

Bern, 27.08.10

Mitglieder des Kernkomitees: Franz Betschon, 9410 Heiden; Romano Brunati, 6673 Maggia; Heinz Häsler, 3814 Gsteigwiller; Hans A. Kurmann, 6006 Luzern; Christian Schmid, 3283 Niederwil b.K.; Hans Schmid, 5524 Niederwil/AG; Peter J. Spirig, 6023 Rothenburg; Willy P. Stelzer, 8604 Volketswil; Hermann Suter, 6404 Greppen; François Villard, 1234 Vessy.

Mitwirkende  
Lilienberg Unternehmerforum  
Industriestrasse 1  
8340 Hinwil

Hinwil, 27. August 2010/Bacs

## **Medienmitteilung zur freien Veröffentlichung**

**Ein Kreis von Persönlichkeiten aus dem Umfeld des Lilienberg Unternehmerforums fordert den Bundesrat und die eidgenössischen Räte in einem offenen Brief auf, sich mit Nachdruck für eine glaubwürdige Armee einzusetzen. Die Armee muss personell und finanziell in der Lage sein, ihren Verfassungsauftrag vollständig zu erfüllen.**

Als einer der Pfeiler des Wohlstandes in der Schweiz bietet die Armee Sicherheit und Stabilität. Das soll auch in Zukunft so sein. Deshalb setzen sich die Unterzeichner des Briefes für eine Armee ein, die ihren Kernauftrag, nämlich eine glaubwürdige Verteidigung der Schweizer Bevölkerung, in einem zeitgemässen und zukunftsgerichteten Sinne erfüllen kann. Die Unterzeichner halten auch unmissverständlich an der Milizarmee und an der Wehrpflicht fest. Zahlreiche Lilienberg-Mitwirkende aus Politik, Militär und Wirtschaft haben dieser Tage zu Händen des Bundesrates und des eidgenössischen Parlamentes einen offenen Brief unterzeichnet, der morgen Samstag als Inserat in mehreren Tageszeitungen erscheinen wird. Darin fordern sie die offizielle Schweizer Politik auf, sich dahingehend zu engagieren, dass die Armee personell und finanziell gemäss den Erkenntnissen aus dem Sicherheitspolitischen Bericht und dem Armeebericht ausgerüstet wird.

Die Unterzeichner des Briefes weisen darauf hin, dass sich die Schweizer Sicherheitspolitik nicht nur an die eigene Regierung und die zuständigen Staatsorgane von Bund und Kantonen sowie an die Schweizer Bevölkerung richtet, sondern in hohem Masse auch an das benachbarte Ausland, an internationale Organisationen und Unternehmungen -- mit und ohne Sitz in der Schweiz. Bundesrat und Parlament müssen diesen Adressaten nachdrücklich vermitteln, dass unser Land sicherheitspolitisch vorausschauend, berechenbar und glaubwürdig ist.

### **Ansprechpartner für weitere Auskünfte:**

Christoph Vollenweider, Telefon 079/724 98 22



# Tragt Sorge zur Schweizer Armee!

Sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates  
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte  
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte

Wir wollen auch in Zukunft in Frieden und Freiheit leben. Deshalb setzen wir uns für eine Armee ein, die ihren Kernauftrag, eine glaubwürdige Verteidigung unserer Bevölkerung und unseres Landes in einem zeitgemässen und zukunftsgerichteten Sinne, erfüllen kann. Wir halten unmissverständlich an Milizarmee und Wehrpflicht fest. **Wir fordern Sie auf, dies auch zu tun.**

Der vom Bundesrat am 23. Juni verabschiedete Sicherheitspolitische Bericht und der zur Kenntnis genommene Armeebereich zeigen, mit welchen Bedrohungen zu rechnen ist und wie sich die Armee darauf vorbereiten muss.

Wir fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass die Armee personell und finanziell so ausgerüstet wird, dass sie den Schlussfolgerungen aus beiden Berichten gerecht werden kann. Dabei darf man sich nicht allein von den Finanzen leiten lassen, sondern im Wesentlichen von der Substanz der Sicherheitspolitik. Die Armee muss in der Lage sein, den Verfassungsauftrag vollständig zu erfüllen.

Es ist zwingend zu beachten, dass sich unsere Sicherheitspolitik nicht nur an die eigene Regierung und die zuständigen Staatsorgane von Bund und Kantonen sowie an die Schweizer Bevölkerung richtet, sondern in hohem Masse auch an das benachbarte und interessierte Ausland, internationale Organisationen und Unternehmungen, mit

und ohne Sitz in der Schweiz. All diesen Adressaten muss unmissverständlich vermittelt werden, dass unser Land sicherheitspolitisch vorausschauend, berechenbar und glaubwürdig ist.

Zu einer **glaubwürdigen** Landesverteidigung gehört eine Armee mit:

- vollständiger Ausrüstung der aktiven Verbände
- einer starken Luftwaffe für Luftpolizeidienst und Luftverteidigung
- einer intakten nachrichtendienstlichen und elektronischen Abwehr
- einem modernen Führungs- und Aufklärungssystem
- einer ausreichenden Logistik
- einer gut geschützten und mobilen Infanterie
- Panzern und gepanzerter Artillerie
- der Bereitschaft und Fähigkeit zu einer begrenzten Kooperation mit den Streitkräften befreundeter Staaten
- der Fähigkeit zur Katastrophenhilfe zu Gunsten der zivilen Behörden sowie einem in Gesellschaft und Wirtschaft verankerten Kader.

**Als ein Pfeiler unseres Wohlstandes bietet uns die Armee Sicherheit und Stabilität.**

**Tragen auch Sie politisch Sorge zur Armee!**

## Mitwirkende Lilienberg Unternehmerforum

Daniel Anderes, Stiftung Lilienberg Unternehmerforum, Winterthur, Anton Bucher, Volkswirt und Energiewirtschaftler, Oftringen, Peter Eichenberger, ehemaliger Oberfeldarzt der Schweizer Armee, Zollikofen, Peter Forster, Dr. phil., Gemeindeammann, Chefredaktor «Schweizer Soldat», Salenstein, Peter Fratton, Bildungsunternehmer, Rickenbach bei Wil, Alexandra Frei, Patentanwältin VSP, a Handelsrichterin, Elgg, Hans Gall, Divisionär, Ebmatingen, Michel Grunder, Kommunikationsberater, Bern, Brigitte Häberli-Koller, Nationalrätin, Bichelsee, Hans-Jacob Heitz, Advokat und a Bundesverwaltungsrichter, Männedorf, Hans-Peter Hulliger, Präsident des Gemeindepräsidentenverband des Kantons Zürich, Bäretswil, Andreas Jäggi, Dr. phil., Dozent Hochschule für Wirtschaft, Zürich, Wilhelm Knecht, Kommunikationsberater, Habsburg, Jörg Kündig, Finanzberater und Treuhänder, Gemeindepräsident und Kantonsrat, Gossau ZH, Hans-Ulrich Kull, Dr. med., Küsnacht, Martin Lendi, Prof. Dr. iur. Dr. h.c., Rechtsanwalt, Küsnacht, Georg Leumann, Prorektor Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen, Landschlacht, Karl Lüönd, Publizist, Elsau, Aron Moser, Leiter Lilienberg Unternehmerforum, Ermatingen, Hansruedi Ostertag, Divisionär, Zürich, Walter Reist, Dr. h.c. Unternehmer, Hinwil, André Voillat, Dr. iur., Rechtsanwalt, Rüti ZH, Christoph Vollenweider, Leiter Unternehmertum, Lilienberg Unternehmerforum, Herrliberg, Martin von Orelli, Divisionär, Chur, Hans-Peter Wüthrich, Brigadier, Ermatingen, Bruno Zuppiger, Nationalrat, Hinwil



# AVIA LUFTWAFFE

## Das Primat der Politik hat versagt!

Die Zeit ist gekommen, das Volk zu Hilfe zu rufen um die Politik zu Räson zu bringen. Der Zentralvorstand hat an seiner Sitzung vom 26.8.2010 entschieden, den Vorschlag zur Volksinitiative Verteidigung erneut bei der SOG vorzubringen.

Es ist zwar schön und nett sich immer und immer wieder entrüstet über die Entscheide zu zeigen, aber eigentlich nichts dagegen zu unternehmen lässt die Wirkung verpuffen. Meiner Ansicht nach haben wir lange genug zugeschaut und uns vornehm zurückgehalten – dies im Irrglauben es komme schon gut.

### Seit dem 25.8.2010 ist klar – es kam nicht gut.

Die AVIA hat vor etwa einem Jahr bei der SOG versucht eine Initiative anzustossen um den Verteidigungsetat wieder ins Lot zu bringen, dies aus der Erkenntnis, dass die Finanzen das Grundübel sind und ohne zusätzliches Geld kein TTE möglich sein wird. Nach der Abwägung der Risiken (Die Initiative kann ja auch abgelehnt werden) ist es leider nicht gelungen, den Vorstand der SOG zu überzeugen. Ich hoffe, dass die Komödie um den TTE nun genügend Heu von der Bühne gefegt hat und wir uns langsam klar werden, dass es so nicht weiter gehen kann.

Die Idee tönt einfach – muss aber noch präzisiert werden. Grob gesagt geht es darum, die Ausgaben für die Verteidigung prozentual am Bruttoinlandprodukt anzuhängen. Um nicht Gefahr zu laufen, dass sich die Schweiz plötzlich „übrüsten“ muss, wird als Massstab der Durchschnitt der in der EU organisierten Länder genommen. Dadurch kann erwartet werden, dass bei einer Tendenz zum Frieden die Rüstungsausgaben in der EU sinken und demzufolge auch bei uns sinken würden. 2009 lag der Schnitt der EU bei ca 1.8%, was bei uns einen Verteidigungsetat von ca 5.6 Milliarden ausmachen würde.

Dass die GSoA nun frohlockt kann ich gut nachvollziehen – wenn Ihre Anliegen schon an der Urne nicht durchkommen, dann wenigstens bei der politischen Führung unseres Landes. Die jetzige Situation dürfte indes den Volkswillen nicht reflektieren. Unheilige Allianzen und politisches Gerangel haben die Armee und damit die Sicherheit unseres Landes geschwächt. Das Volk hat der GSoA in allen Fragen massive Abfuhren erteilt und wir können uns darauf verlassen, dass das Volk unserem Anliegen nachkommen wird – dass Initiativen Chancen haben ist unlängst bewiesen worden.

Fabian Ochsner  
Präsident Zentralavia

*Mediencommuniqué*

## **Kein Verzicht auf die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge**

SOG, 25. August 2010. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft nimmt mit Unverständnis zur Kenntnis, dass der Bundesrat das seit Jahren laufende Projekt zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge einzig aus finanziellen Gründen auf 2015 hinausschieben will. Mit dieser Entscheidung nimmt der Bundesrat eine weitere Schwächung der Armee sowie gravierende Sicherheitslücken in der Luftverteidigung in Kauf. Zudem widerspricht er seinen eigenen Aussagen im Sicherheitspolitischen Bericht vom 23.6.2010. Dort weist der Bundesrat darauf hin, dass die Armee zur Erfüllung ihrer Aufträge auch künftig über eine ausreichend grosse Anzahl Kampfflugzeuge verfügen muss, die den technischen Anforderungen entsprechen.

Für die SOG ist entscheidend, dass die Verschiebung des Projekts nicht den Verzicht auf die Beschaffung bedeutet. Die Verschiebung macht allerdings nur Sinn, wenn die Zeit zur Sicherstellung der notwendigen Finanzierung genutzt wird, so dass die Beschaffung 2015 ohne weitere Verzögerungen in die Wege geleitet werden kann. Hier stehen Gesamtbundesrat und Verwaltung in der Pflicht.

Die SOG hat sich immer für eine glaubwürdige und kohärente Sicherheitspolitik eingesetzt. Diese bedingt eine moderne und leistungsfähige Luftwaffe und damit die Beschaffung des Tiger-Teilersatz. Daran wird sich in den nächsten Jahren nichts ändern.

Für weitere Auskünfte:

Oberst i Gst Hans Schatzmann, Präsident Schweizerische Offiziersgesellschaft,  
032 621 20 21

**Nur wer den Luftraum  
beherrscht,  
ist am Boden  
erfolgreich**